

a) Herr Vujinovic erbittet eine Stellungnahme zu der Diskussion zwischen dem RTV und der Stadt.

Herr Mans berichtet, dass im Gespräch mit dem Elternvertreter, Herrn Rimroth und der Schulleitung deutlich wurde, dass die Schule eine Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung schaffen möchte. Herr Grossmann und Herr Eichner waren an den Gesprächen ebenfalls beteiligt. Es hat sich herausgestellt, dass eine Übergangslösung von Nöten ist. Bis es ein entsprechendes Gesamtkonzept gibt, sind die Anmietung von Containern und die Nutzung von Räumen des RTVs im Gespräch. Der RTV wollte von der Stadt angemietete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Anschließend wurden die Gespräche an die entsprechenden Gremien weitergeleitet. Nach dem Verständnis der Verwaltung hat es keine Querschüsse gegeben. Die Gespräche mit der Vorsitzenden des RTV, Frau von der Mühlen, wurden geführt, offenbar gibt es Probleme bei der Abstimmung innerhalb des Vorstandes. Hätte die Verwaltung die Rückmeldung bekommen, dass es so nicht gewollt ist, hätte man nach einer anderen Lösung gesucht.

Herr Eichner ergänzt, dass Gespräche mit dem RTV und der Sportjugend geführt wurden. Beide nutzen städtische Gebäude in unmittelbarer Nähe der Katholischen Grundschule, was für das temporär begrenzte Übergangskonzept ideal ist. Es wurde in den Gesprächen Einvernehmen erzielt, dass beide Organisationen bereit sind, die Räume unter bestimmten Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Es wurde eine Vereinbarung aufgesetzt, in der die mündlich abgestimmten Punkte verschriftlicht wurden. Dieses Schriftstück wurde an alle Beteiligten weitergeleitet. Dass es noch einen Vorstandsbeschluss im RTV geben muss, war der Verwaltung nicht bewusst und so ist es zu diesem bedauerlichen Kommunikationsproblem gekommen. Hier wird die Verwaltung aber gegensteuern und nochmals das Gespräch mit dem RTV suchen.

Frau Ebbinghaus erkundigt sich nach der generellen Verfahrensregelung mit den Schulen und den Fördervereinen.

Herr Eichner erläutert, dass das Verfahren kooperativ geregelt ist. Die Grundschulen bzw. die Fördervereine melden zuerst ihren Bedarf an. Die Zahlen werden an das Land geleitet, um letztendlich die Förderung zu erhalten. Dann geht man in einen Austausch, welche Räume zur Verfügung stehen. Bei der Kath. Grundschule gab es das Problem, dass plötzlich mehr Schüler als erwartet für die Betreuung angemeldet wurden. Die Verwaltung hat dann die Rückmeldung bekommen, dass eine komplett neue Gruppe aufgemacht werden kann wenn entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Daraufhin ist die Verwaltung aktiv geworden und hat nach einer räumlichen Lösung gesucht, die Kostenneutral ist.

b) Herr Schäfer bittet um Auskunft, welches Ereignis zum Polizeieinsatz im Rathaus geführt hat.

Herr Mans erklärt, dass es einen Konflikt gab, der recht unüberschaubar war. Daher wurde vorsorglich die Polizei informiert, um eine Eskalation zu vermeiden.

c) Herr Nipken berichtet, dass die Stadt in Absprache mit einem Steuerberater das Optionsrecht in Anspruch nimmt, nicht zum 01.01.2017 umsatzsteuerpflichtig zu werden. Sobald das Verfahren abgeschlossen ist, wird die Verwaltung berichten.

Ende des öffentlichen Teils 21:00 Uhr.